

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 9

Vorwort: 50 Jahre Friedensabkommen : die Entwaffnung der Arbeiterschaft
Autor: Maissen, Toya

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Entwaffnung der Arbeiterschaft

Toya Maissen über den neuen «Widerspruch» – Sonderband

Der Arbeitgeberverbandschweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller und die ihm zugeordnete Gewerkschaft, der SMUV, Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband, feiern in diesem Jahr gemeinsam den 50. Geburtstag des sogenannten Friedensabkommens von 1937. SMUV und Arbeitgeberverband sind des Lobes voll und klopfen sich unter dem Beifall der bürgerlichen Presse gegenseitig auf die Schultern. Das heisst, in den zuständigen Kreisen wird der Mythos weiterhin aufrechterhalten, eine historische Rückschau oder gar Analyse findet nicht statt.

Wohltuend und dringend notwendig schiebt sich ein «Widerspruch»-Sonderband in die feierlichen Harmoniestunden: «Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos», so heisst der Titel, und im Untertitel wird auch gleich der Inhalt angegeben: Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit – Geschichte, Krise, Perspektiven.

Der Band ist nicht politische Abrechnung, sondern historische Aufrechnung. Die Tabus fallen gleich reihenweise, vor allem die nicht mehr aufrechterhaltende Behauptung, es sei die absolute Friedenspflicht der schweizerischen Arbeitnehmerschaft gewesen, die uns den Wohlstand der letzten Jahrzehnte gesichert habe. Untersuchungen haben ergeben, dass dies in gleichem Masse auch in Ländern geschah, die keine absolute Friedenspflicht kannten. Hingegen hat die Extratour des SMUV («Berner Tagwacht») in der Geschichte der schweizeri-

schen Gewerkschaften, aber auch in der politischen Schweiz nachhaltige Folgen hinterlassen. Von diesen ist im «Widerspruch» ebenfalls und ausgiebig die Rede.

Fünfehn Autorinnen und Autoren setzen sich kritisch mit der Geschichte und den Folgen des Friedensabkommens auseinander. Besonders interessant sind die Versuche etwa von Ezio Canonica in der Nachkriegszeit, eine Trendwende einzuleiten und wenigstens die Friedenspflicht zu relativieren. Bei manchen Gewerkschaftsverbänden sind diese Ideen auf fruchtbaren Boden gefallen, so etwa bei der GBH, bei der GTCP und beim VPOD. Kritisiert wird von verschiedenen Autoren, darunter aktiven Gewerkschaftsfunktionären, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund nach wie vor keine wirtschaftspolitischen Vorstellungen jenseits der kapitalistischen Wirtschaft entwickelt, dass er sich im grossen und ganzen darauf beschränkt, weiterhin eine ordnungspolitische Funktion für die Arbeitgeber auszuüben.

Dem Sonderband, der 18 Franken kostet (also preisgünstig ist) und 226 Seiten umfasst, ist der grösstmögliche Erfolg zu wünschen. Das allgemeine Defizit in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, die falschen Mythen, die sich im Bewusstsein der Bevölkerung festgesetzt haben, räumen die Autorinnen und Autoren gründlich aus. Im zweiten Teil des Bandes ist von der Bilanz und den Perspektiven die Rede. Fazit: Eine

alternative Wirtschaftspolitik ist nur mit kämpferischen Gewerkschaften durchsetzbar. Die derzeitigen Schwächen der Gewerkschaftsbewegung (Überalterung, Mitgliederschwund, Trittbrettfahrer, Entpolitisierung der Arbeitnehmer) werden genau analysiert. Allerdings sind die Perspektiven für eine Veränderung nur sehr schematisch und allgemein abgehandelt. Wie die Mobilisierung an der Basis sich verbessern kann, der Mitgliederschwund aufzuhalten sei, ein Umdenken eingeleitet werden muss, bleibt letztlich immer noch den Verbänden und ihren aktiven Mitgliedern überlassen. Der theoretische Teil liegt vor. Wer macht die Knochenarbeit?

Toya Maissen

Handeln statt Verhindern

André Daguet zum «Handbuch für den Wahlkampf»

Nicht neue Wahlprogramme, sondern politisches Handeln tun not: das ist die politische Erkenntnis aus den vergangenen vier Jahren eidgenössischer Politik. Wir brauchen keine neuen Themen für diesen Wahlherbst zu erfinden und ebensowenig neue Rezepte, wie die Probleme zu lösen sind.

Was die Politik in den kommenden vier Jahren dringend braucht: Handeln statt Prüfen, Entscheiden statt Verhindern. Wir können uns kein zweites Tschernobyl leisten und keine zweite Basler Chemiekatastrophe. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit, um der alarmierenden Verschmutzung unserer Luft Einhalt zu gebieten, nicht mehr viel Zeit, den Wald vor dem endgültigen Tod zu retten. Über 3500 Ärzte sind sich einig: Die verschmutzte Luft macht krank, nicht nur Bäume, sondern auch Menschen, Kleinkinder, ältere Leute und Ungeborene. Sie haben deshalb den Notstand ausgerufen.

Wir müssen rasch handeln, denn der öffentliche Vertrauensverlust, den unser Parlament, unsere politischen Institutionen, die Parteien – namentlich die Regierungsparteien – zur Zeit miterleben, kann und darf uns nicht unberührt lassen. Die wachsende politische Abstinenz muss für uns zum Signal für eine politische Wende werden. Wir geben keine Antwort darauf, indem wir den Werbeetat für die Wahlen drastisch erhöhen und der Öffentlichkeit etwas vormachen, sondern indem wir über die Bücher gehen.

Die SP will dazu beitragen, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unseres Landes wieder verständlicher zu machen, was in den kommenden vier Jahren politisch auf dem Spiel steht. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir im Wahlkampf – nebst unserem Anspruch nach einer stärkeren Frauenvertretung im Parlament – zwei Themenbereiche in den Vordergrund stellen: Umweltpolitik und Sozialpolitik. Nicht weil wir diese für die einzigen Themen von Bedeutung für die kommenden vier Jahre halten, beileibe nicht, sondern weil wir damit unsere besondere Identität innerhalb des Parteienspektrums nach aussen verständlich machen wollen. Selbstverständlich müssen auch die anderen SP-Themen im Wahlkampf, an Veranstaltungen, in Artikeln und in Diskussionen zur Sprache kommen. Dem trägt das Wahl-Handbuch auch Rechnung.

Es geht darum, glaubhaft darzutun, dass sich politisch nur etwas bewegt, wenn die Wähler ihren Wahlzettel als Chance wahrnehmen, denjenigen politischen Kräften im Parlament zu mehr Gewicht zu verhelfen, die sich in den vergangenen vier Jahren bewährt haben: im Umweltbereich, in der Sozialpolitik, in der Konsumentenpolitik und in der Arbeitnehmerpolitik. Dies verlangt mehr Transparenz und weniger Kabinettspolitik, mehr Offenlegung der politischen Entscheidungsbildung und damit der politischen Divergenzen.

Das neue Handbuch will einen Beitrag zu dieser Transparenz

leisten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit behandelt es eine ganze Reihe von Themen, die für die sozialdemokratische Politik wichtig sind (siehe Themen- teil des Handbuches). Die einzelnen Themen sind jeweils nur kurz behandelt. Auf weitergehende SP-Dokumente und andere Unterlagen wird jeweils am Schluss der einzelnen Blätter verwiesen (siehe dazu ebenfalls die beiden Materiallisten am Schluss des Handbuches).

Einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz stellt zudem die Auswertung aller 52 Namensabstimmungen im Nationalrat zwischen 1984 und 1987 dar. Die vollständige Auswertung – eine Leistungsbilanz der vergangenen Legislatur – findet Ihr im hinteren Teil des Handbuches. Diese Unterlagen lassen sich ebenso nützlich für die Wahlkämpfe in den einzelnen Kantonen auswerten.

Aus den 52 Namensabstimmungen haben wir zusätzlich diejenigen 10 Abstimmungen zusammengefasst, die Themen der Sozialpolitik, der Arbeitnehmerpolitik und der Konsumentenpolitik betreffen, und daraus den sogenannten «Sozialtarif» gebildet.